

Deutschlands größter Klimabetrug wohl noch größer – jetzt gibt es erste Konsequenzen

Welt, 08.09.2024, Daniel Wetzel

<https://www.welt.de/wirtschaft/plus253390924/CO-Schwindel-Erste-Konsequenzen-aus-Deutschlands-groesstem-Klimabetrug.html?cachebuster=true>

Das Umweltbundesamt verweigert die Anerkennung von CO₂-Zertifikaten aus acht Fake-Klimaprojekten in China. Die Affäre ist einer der wohl folgenschwersten Skandale der deutschen Klimaschutzpolitik. Ein „starkes Indiz“ spricht für weitere Betrugsfälle zulasten deutscher Autofahrer.

Die vom Umweltbundesamt (UBA) angestrebten Nachforschungen über dubiose Klimaschutzprojekte in China zeigen nach einem Jahr erste Erfolge: „Bei acht UER-Projekten in China, bei denen bis zum 31. August 2024 über die Freischaltung entschieden werden musste, werden wir aufgrund von uns ermittelter Unregelmäßigkeiten die beantragten Freischaltungen nicht durchführen“, erklärte UBA-Präsident Dirk Messner am Freitag. „Es werden aus diesen Projekten also keine neuen Zertifikate in den Markt gelangen. Das ist eine gute Nachricht.“

Es handelt sich bei den sogenannten „Upstream Emission Reductions“ (UER) um CO₂-Sparmaßnahmen bei der Gas- und Ölförderung. Damit soll eine signifikante Reduzierung der Treibhausgasemissionen in der Lieferkette für Kraftstoffe erreicht werden.

Projekte, die die vorgelagerten Emissionen in einem beliebigen Land innerhalb oder außerhalb der Europäischen Union reduzieren, können UER erzeugen. Die daraus resultierenden Zertifikate können dann an Kraftstofflieferanten verkauft werden. Die Mineralölkonzerne können sich CO₂-Gutschriften aus solchen Projekten weltweit einkaufen und auf ihre deutsche Treibhausgas-Quote anrechnen lassen.

Dabei hatten Ölmultis wie Rosneft Deutschland, Shell, BP oder OMV womöglich – bis zum Beweis des Gegenteils – gutgläubig Zertifikate erworben, die aus lediglich vorgetäuschten Projekten in China stammten. Die Regierung in Peking lässt keine Kontrollbesuche von westlichen Beamten zu.

Ob es die Projekte etwa zur Abfackelung von Methan-Emissionen wirklich so gibt, wie in den Antragsformularen beschrieben, konnte bislang nur anhand von Satellitenbildern überprüft werden. Dennoch wurden die CO₂-Gutschriften von deutschen Prüf-Firmen stets als ordnungsgemäß zertifiziert.

Die deutsche Biokraftstoff-Industrie hatte den Behörden bereits im Herbst letzten Jahres zahlreiche Verdachtsfälle angezeigt. Weil die Ölkonzerne die Kosten für die eingekauften Klimagutschriften auf den Kraftstoffpreis aufschlagen, haben deutsche Autofahrer womöglich hunderte Millionen, wenn nicht Milliarden Euro für vorgetäuschten Klimaschutz gezahlt.

Messner erklärte, dass die reine Begutachtung von UER-Projekten aus der Ferne auf Basis von Satellitenbildern oftmals nicht ausreicht, um den Missbrauch des UER-Systems aufzudecken. Ebenso wenig genüge die Prüfung der von Projektträgern eingereichten Berichte auf Papier.

UBA will weitere kritische Projekte untersuchen

Das UBA habe sich daher zusätzlich zu seinen eigenen Ermittlungen durch eine internationale Anwaltskanzlei unterstützen lassen. Diese hat Projekte in China vor Ort im Auftrag des UBA untersucht. Insgesamt gibt es weltweit 75 UER-Projekte, zumeist in China – das UBA will nun weitere kritische UER-Projekte untersuchen.

Wie das Umweltbundesamt mitteilte, haben sieben der acht Projekte – die von großen, internationalen Unternehmen durchgeführt werden – die Anträge auf Freischaltung von UER-Zertifikaten für 2023 zurückgezogen, nachdem das UBA die Projektträger mit gravierenden rechtlichen und technischen Ungereimtheiten bei ihren Projekten konfrontiert und eine Vor-Ort-Überprüfung angedroht hatte.

„Insgesamt hat das UBA auf diese Weise verhindert, dass unberechtigte UER-Zertifikate im Umfang von 159.574 Tonnen CO₂-Äquivalente in den Markt gelangt sind“, so die Behörde.

Bei einem weiteren Projekt in China habe das Amt die Ausstellung von UER-Zertifikaten untersagt, weil das Projekt, wie umfassende Satellitenbild- und vertiefte technische Analysen durch Experten ergaben, vorzeitig begonnen wurde. Ein solcher vorzeitiger Beginn ist nach der Verordnung zur Anrechnung von Upstream-Emissionsminderungen auf die Treibhausgas-Quote (UERV) nicht zulässig.

Hier habe das UBA durch die Versagung der Freischaltung verhindert, dass allein aus diesem Projekt unberechtigte UER-Zertifikate im Umfang von 55.225 Tonnen CO₂-Äquivalenten in den Markt gelangten.

Zusätzlich zu den acht gestoppten Anrechnungen will die Behörde kurzfristig weitere 13 Projekte unter die Lupe nehmen. In allen diesen 21 Projekten seien die Projektträger um Autorisierung von Kontrollbesuchen vor Ort gebeten worden. Doch in nur fünf dieser 21 Projekte hat das UBA diese Autorisierungen uneingeschränkt bekommen.

„Für uns ist die Verweigerung der Vor-Ort-Kontrollen ein sehr starkes Indiz, dass die Projektträger nicht bereit sind, ihre Verpflichtungen unter der UERV zu erfüllen, oder – wie in der UERV gefordert – die erforderliche Kontrolle über die Projekte haben“, erklärte UBA-Präsident Messner: „Wir nehmen das unter anderem zum Anlass, die Aufhebung unserer Zustimmung zu diesen Projekten zu prüfen.“

Parallel ermittelt die Staatsanwaltschaft Berlin gegen 17 Personen wegen des Verdachts des gemeinschaftlichen gewerbsmäßigen Betruges. Bei den Beschuldigten handelt es sich um die Geschäftsführer oder Mitarbeitende von Prüfstellen, die an der Verifizierung UER-Projekten beteiligt gewesen sein sollen.

Gegen die Beschuldigten bestehe der Anfangsverdacht, die zuständigen Mitarbeitenden des UBA hinsichtlich der Existenz und/oder jedenfalls der Antragsberechtigung verschiedener Klimaschutzprojekte getäuscht zu haben.

Kritik an der Umweltbehörde

Der Betrug mit falschen, billigen CO₂-Gutschriften aus China hat die Marktpreise im Handel mit Treibhausgas-Quoten (THG-Quote) extrem unter Druck gebracht. Einige

deutsche Unternehmen der Biokraftstoff-Industrie mussten deshalb bereits Insolvenz anmelden. Auch die Förderung der E-Mobilität in Deutschland leidet deshalb: Die Höhe der THG-Prämien, die E-Autobesitzer einstreichen können, sank von einst 400 Euro pro Jahr auf inzwischen nur noch 80 Euro. Der Skandal entwickelt sich immer mehr zum größten und womöglich folgenschwersten Betrugsfall in der deutschen Klimaschutzpolitik.

Die „Initiative Klimabetrug Stoppen“ (IKS), zu der sich rund 50 geschädigte Unternehmen und Verbände zusammengeschlossen haben, kritisierten die Fortschritte des UBA bei der Aufklärung als ungenügend.

Die ersten Hinweise auf Betrug rund um UER-Nachweise seien vor mehr als einem Jahr, im August 2023 beim UBA eingegangen. „Dass nun über ein Jahr später gerade einmal acht Projekte abschließend untersucht wurden, ist für uns absolut ernüchternd“, erklärte IKS-Sprecherin Sandra Rostek, Leiterin des Hauptstadtbüros Bioenergie.

Dass man laut UBA für eine Analyse vor Ort jeden Stein umdrehen müsse, sei nicht nachvollziehbar, erklärte die IKS-Sprecherin: „Hätten die Behörden ihre eigenen Regularien beachtet und am Beginn des Prozesses zur Anmeldung eines neuen Projektes Handelsregisterauszüge und angemessene Bürgschaften eingefordert, wäre sehr rasch offenkundig geworden, dass die Firmen hinter den Projekten bestenfalls höchst fragwürdig sind.“

Aus Sicht der Initiative hätte ein solcher Anfangsverdacht für eine Art Beweislast-Umkehr ausgereicht: Man hätte die Projektträger auffordern können, selbst die vermeintliche Rechtmäßigkeit ihrer Projekte zu belegen, argumentiert Rostek: „Dies würde die Ressourcen im UBA schonen, den Prozess massiv beschleunigen und die Leidensfähigkeit der redlichen Marktakteure nicht noch mehr strapazieren.“